



**Entschließung
zum
Rheinland-pfälzischen
Rechtspflegertag 2015**

Jede 4. Stelle fehlt!

- ▶ **Der Bund Deutscher Rechtspfleger, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. fordert die Landesregierung auf, die fehlenden 200 Rechtspflegerstellen zu schaffen.**
- ▶ **Der Bund Deutscher Rechtspfleger, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. fordert das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz auf, hierfür ein mittelfristiges Personalkonzept zu erstellen.**

Gründe:

Anhand der aktuellen Personalbedarfsberechnungen für die ordentliche Gerichtsbarkeit fehlen landesweit bereits heute 196,56 Rechtspflegerstellen. Jede 4. benötigte Stelle fehlt. Der PEBB§Y-Deckungsgrad von landesweit momentan weniger als 75% reduziert sich vor Ort noch weiter aufgrund von hierbei nicht berücksichtigten Ausfällen durch Krankheit, Mutterschutz, Elternzeit usw..

Steigende Flüchtlingszahlen wirken sich auch in der Justiz aus. Die Verfahren der nicht begleiteten Minderjährigen, für die ein Vormund bestellt werden muss, führen insbesondere bei den Familiengerichten zu einem noch nicht abschätzbaren personellen Mehrbedarf durch deutlich steigende Verfahrenszahlen.

Weiterer Personalbedarf entsteht durch den im Jahr 2018 beginnenden elektronischen Rechtsverkehr und das in 2020 einzuführende Datenbankgrundbuch. Für deren Projektierung muss bereits jetzt schon Personal eingesetzt werden.

Der begrüßenswerte haushalterische Erhalt von 24,5 Stellen durch Wegfall der kw-Vermerke sichert den Status quo.
Die Erhöhung der Anwärterstellen um 25 ist ein wichtiger Schritt, wirkt sich aber tatsächlich erst in mehreren Jahren aus.
Folgerichtig sind dann zur Übernahme der Anwärter die entsprechenden Planstellen in den Haushalt einzustellen.

Um zumindest mittelfristig eine spürbare Belastungsreduzierung zu erreichen, fordern wir die Erstellung eines zukunftsfähigen Personal-konzepts.

Wir appellieren an die Fürsorgepflicht unseres Dienstherrn.

Die anhaltende, in vielen Bereichen nicht mehr verkraftbare Belastung muss deutlich und spürbar abgemildert werden.

Die prekären Arbeitsbedingungen verursachen immer höhere Krankheitsausfälle, Überforderung, Überarbeitung, Frust und daraus folgend Motivationsdefizite und innere Kündigungen sind die Folge. Wo die Arbeit dauerhaft nicht mehr aufgabengerecht, mit der nötigen Zeit und Sorgfalt und für alle Beteiligten zufriedenstellend erledigt werden kann, besteht die Gefahr, dass sich diese Folgen verstetigen.

Auf Absichtserklärungen müssen Taten folgen.

Die dramatische Situation erfordert klare Maßnahmen und Konzepte, die den Kolleginnen und Kollegen wieder Mut und Hoffnung machen

Auch die Großprojekte „elektronischer Rechtsverkehr“ und „Datenbankgrundbuch“ werden in Rheinland-Pfalz ohne zusätzliches Personal – insbesondere ohne zusätzliche Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger - nicht realisierbar sein.